Nr. 34. — Erstes Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 21. Januar 1896.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Das nationalliberale Festmahl.

Im großen Saale des Kaiserhofs vereinigten sich Sonntag Nachmittag die parlamentarischen Fraktionen der nationalliberalen Partei des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses mit den zur Erinnerungsfeier geladenen Fraktionskollegen der früheren Legislaturperioden des Reichstags, bezw. des norddeutschen Reichstags zu einem Festmahle, das in glänzender Weise seinen Verlauf nahm. Namens des Festausschusses begrüßte Abg. Dr. Bürklin die aus allen Theilen des Reiches zahlreich erschienenen Gäste, als welche am Halbrund der Tafel Platz genommen hatten, und zwar in der Mitte neben Herrn v. Bennigsen: Konsul H. H. Meier-Bremen und Oberbürgermeister Georgi-Leipzig, dann rechts und links sich anreihend, bezw. gegenüber dem Senior Meier und dem Führer v. Bennigsen die früheren Abgeordneten Krieger-Altona, v. Puttkamer-Straßburg, Franz Pogge-Straßen, Dr. Wehrenpfennig-Berlin, Dr. Ed. Brockhaus-Leipzig, Dr. W. Blum-Heidelberg, Dr. Planck-Berlin, v. Fischer-Augsburg, Mosig von Aehrenfeld-Löbau, Koch-Blankenau, Dr. Websky-Wüstewaltersdorf, O. Büsing-Schwerin, von Puttkamer-Deutsch-Carstenitz, Dr. H. Blum-Leipzig, L. E. Seyffardt-Krefeld, diese sämtlich aus der Fraktion des norddeutschen, bezw. des ersten deutschen Reichstags, desgleichen die noch heute aktiven Parlamentarier, die jener Zeit schon angehörten: v. Benda, Dr. Böhme. (Der Abg. Dr. Hammacher war in letzter Stunde durch eine Erkrankung am Erscheinen verhindert worden.) Aber auch aus den späteren Sessionen der siebziger Jahre und insbesondere aus dem Reichstag von 1887 waren die Fraktionsmitglieder zahlreich gekommen, um die Erinnerung an die große Zeit von 1870—71 im Kreise der parlamentarischen Freunde mitzufeiern.

Den ersten Trinkspruch brachte Abg. Dr. Bürklin auf den Kaiser aus. Im Anschluß an das mit Begeisterung aufgenommene Hoch schlug Dr. Bürklin unter brausender Zustimmung vor, folgendes Telegramm an den Kaiser abzusenden: „An des Kaisers und Königs Majestät, Berlin. Die nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und Landtags, mit den Kollegen aus der großen Zeit der Reichsbegründung festlich vereinigt, bringen Eurer Majestät ehrerbietigste Huldigung dar. Allezeit Kaiser und Reich!"

Den Höhepunkt der Begeisterung erreichte die Versammlung bei der Rede des Herrn von Bennigsen auf das Reich, in welcher er den Altreichskanzler besonders feierte, indem er am Schlusse ausführte: „Die Männer, meine Herren, die vor 25 Jahren im Heere und im Rathe thätig gewesen sind, deckt fast alle der Rasen. Wenige von ihnen leben noch. Von ihnen aber einer der größten, der jetzt noch im Sachsenwalde (stürmischer Jubel) sinnend dahingeht, der gewaltige, eherne Kanzler Otto von Bismarck. (Langanhaltender Beifall.) Einsam ist er mitten in seinem Walde, aber ihn begleiten doch und ihn treffen doch die Gedanken eines ganzen dankbaren Volkes, unerschöpflich in Dankbarkeit und Verehrung für diesen gewaltigen großen Staatsmann, dem in den langen Jahrhunderten der europäischen Geschichte nur sehr Wenige — etwa nur Richelieu und Cromwell, auch diese nicht vollständig — zu vergleichen sind. (Langanhaltender Beifall.) Auf dem Wege des Herrn Stephan, einzeln und in Masse, wird er aufgesucht, damit ihm die Gefühle der großen deutschen Nation zur Kunde gebracht werden. Unser Volk mag viele Fehler haben, aber den Fehler der Undankbarkeit besitzt es nicht. (Stürmischer Beifall.) Freilich haben auch nicht alle Nationen einen solchen Gegenstand für ihre Verehrung und Dankbarkeit, wie wir an Otto von Bismarck! (Großer Beifall.) Er ist schon bei lebendem Leibe eine historische Persönlichkeit geworden, ein Stück unseres Volkslebens, welches seine Bedeutung behalten, leben und fortwirken wird in den Entschließungen und Handlungen unseres deutschen Volkes Jahrhunderte lang! (Langer, lauter Beifall.)

M. H. Wir haben jetzt also die Feier einer großen Zeit, wir haben einen jungen, kräftigen, für das Wohl des Vaterlandes mit größtem Eifer eintretenden Herrscher, der auch diese Gelegenheit benutzt hat, um in seinen hohen Worten der Kraft und Erhebung den Ruf und die Aufforderung an uns zu richten: dafür einzutreten, daß das erhalten wird, was mit so großen Opfern erkauft ward. Der Kaiser wird nicht irre an den künftigen Geschicken unseres Volkes, er vertraut auf die gesunde Kraft, auf den unverbrauchten Untergrund unseres Volkes (Sehr gut!), und da sollten wir nicht dasselbe thun? Wir am wenigsten, wir Aelteren, von denen so viele an der Begründung und Befestigung unseres Reiches gearbeitet haben! Nein, nie haben wir daran gezweifelt, daß das deutsche Volk im Stande sein wird, auch Schweres zu überwinden, und nie daran, wenn einmal wieder große innere Gefahren oder äußere Anfeindungen an Deutschland herantreten, daß sich da die einige Kraft unseres Volkes nicht in energischer Weise geltend machen werde. (Lauter Beifall.) Die Freude wollen wir festhalten am deutschen Reiche und die Pflicht, für dieses Reiches Herrlichkeit einzutreten. Ich trinke auf die glückliche Entwickelung seiner Zukunft. Hoch! hoch! hoch!" (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)

Hatte Dr. von Bennigsen bereits den Altreichskanzler gefeiert, so konnte sich dann Herr v. Eynern im Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck darauf beschränken, die Gefühle der unauslöschlichen Dankbarkeit in kurzen Worten zum Ausdruck zu bringen, die ihm die Nation in aller Zeit bewahre. Wie das dreimalige Hoch auf den Fürsten, so fand auch die folgende Verlesung des abzusendenden Telegramms stürmische Zustimmung. Dasselbe lautete: „Fürst von Bismarck. Friedrichsruh. Die parlamentarischen Fraktionen der nationalliberalen Partei des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, mit den Kollegen aus der großen Zeit der Reichsbegründung festlich vereinigt, bringen Ew. Durchlaucht, dem Reichsbaumeister, unserem unvergleichlichen, in der Geschichte unvergänglichen ersten Kanzler des Reiches, dessen vaterländisches Wirken zu fördern ihnen immer zum Stolze gereichte, dankbaren deutschen Gruß und herzliche Wünsche für das fernere Wohlergehen dar." gez. von Bennigsen. Dr. Bürklin. Dr. Krause. von Eynern."

Die in später Abendstunde hierauf eingegangene, an Herrn von Bennigsen gerichtete Antwort des Fürsten lautet: „Eure Excellenz bitte ich, Ihren Herren Fraktionsgenossen für die ehrenvolle Begrüßung im Rückblick auf unsere langjährige Mitarbeiterschaft meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. v. Bismarck."

Deutschland.

Berlin, 21. Januar. Dem Generallieutenant von Rheinbaben in Potsdam ist von dem Kaiser folgendes Telegramm zugegangen.:

„Berlin, den 12. Januar. Gern und dankbar gedenke Ich heut Ihres tapferen Verhaltens als Kompagniechef der 78er in großer Zeit, und verleihe Ihnen bei der 25. Wiederkehr des Gedenktages der Einnahme von Le Mans hierdurch den Stern zum Rothen Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe. gez. Wilhelm R."

Der in Kösen an der Saale lebende Generallieutenant z. D. v. Strantz hat am 19. Januar von dem Kaiser folgende Depesche erhalten.

„In der Schlacht am Mont Valerien heut vor 25 Jahren zeichneten Sie sich an der Spitze Ihrer braven 2. Kompagnie der tapferen 5. Jäger durch Festhaltung von Montretout von Neuem aus. Gern und dankbar erinnere Ich Mich dessen an dem heutigen Gedenktage und verleihe Ihnen hierdurch den Stern zum Kronenorden 2. Klasse. gez. Wilhelm R."

Dem ehemaligen Kommandeur des Infanterie-Regiments Prinz Friedrich der Niederlande Nr. 15, Oberst z. D. Rayle in Wiesbaden, ging folgendes Telegramm des Kaisers zu:

„Als Kompagniechef und Führer des 2. Bataillons 6. badischen Infanterie-Regiments zeichneten Sie sich durch tapferes Verhalten in dem harten Winterfeldzuge der badischen Felddivision aus. Bei der 25. Wiederkehr der Lisaine-Gedenktage erinnere Ich Mich dessen gern und dankbar und verleihe Ihnen hierdurch den Charakter als General-Major. gez. Wilhelm R."

— Dem 2. Leibhusaren-Regiment Kaiserin Nr. 2 in Posen hat der Kaiser Dolmans verliehen.

— Fürst Bismarck antwortete auf das Telegramm, welches der König von Würtemberg im Namen der Festversammlung in der Liederhalle an ihn geschickt, Folgendes:

„Sr. Majestät, dem König von Würtemberg, Stuttgart. Ew. Majestät bitte ich unterthänigst, für Allerhöchst deren gnädige Begrüßung meinen ehrfurchtsvollen Dank in Gnaden entgegennehmen und den Ausdruck desselben dem Festkomitee huldvollst aussprechen lassen zu wollen. v. Bismarck."

— Dem Reichstage ist die Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1894/95, sowie über die Verwendung des Afrikafonds zugegangen. Es ist ein umfangreiches Werk von 160 Seiten und verbreitet sich über Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika und die Marschallsinseln. Der Uebersicht über die Verwendung des Afrikafonds entnehmen wir nachstehende Angaben:

Bestand vom Jahre 1893/94 110 134 Mk. 78 Pf., Etatszuschuß 200 000 Mk. Davon sind verwendet für das Kamerungebiet 76 320 Mk 59 Pf. (darunter Restausgaben für die Expedition zur Erforschung des Flußgebietes des Mbam 41 964 Mk. 93 Pf., botanische Forschungen des Dr. Preuß 3590 Mk., Station Yaúnde 11 386 Mk. 31 Pf., Regierungsarzt für wissenschaftliche Forschungen 9690 M., zur Erhaltung des mikroskopischen Laboratoriums 756 Mk. 40 Pf., Zuschuß zu den Kosten der Herstellung eines Werkes über die Ergebnisse der Expedition von Uechtritz und Passarge im Betrage von 7000 Mk., wovon zur Verausgabung gelangt sind 3836, Beitrag zu den Kosten einer geologischen Zwecken dienenden Expedition 4705 Mk. 42 Pfg., für Beschaffung und Reparatur wissenschaftlicher Instrumente 391 Mk. 50 Pf.). Für das Togogebiet 89 519 Mk. 44 Pf. (darunter Station Bismarckburg 23 722 Mk., Misahöhe 35 449 Mk., Kete-Kratschi 5985 Mk., Regierungsrath für wissenschaftliche Forschungen 4156 Mk., Zuschuß zu den Kosten der Expedition des Dr. Gruner in das Hinterland von Togo 20 000 Mk.). Für das südwestafrikanische Schutzgebiet für wissenschaftliche Instrumente 39 Mk. 85 Pf. Für das ostafrikanische Schutzgebiet 15 622 Mk. 26 Pf. (darunter Restzuschuß zu den Kosten der Herstellung einer Gesamtkarte von Deutsch-Ostafrika 4490 Mk., für die wissenschaftliche Station am Kilimandscharo 8289 Mark 97 Pf., für Herstellung einer Uebersichtskarte der auf der Nyassaexpedition des Gouverneurs gemachten Routenaufnahmen 2631 Mark). Für allgemeine Ausgaben (jährlicher Zuschuß an die botanische Zentralstelle, Fortführung der Zeitschrift für afrikanische Sprachen, Redaktion und Herstellung der „Mittheilungen" nebst Karten 2c.) 17 101 Mark 65 Pf. Im Ganzen verausgabt 198 603 Mark 79 Pf.; Bestand 111 530 Mark 99 Pf. — Der Etatvoranschlag für 1895—96 beträgt für das Kamerungebiet 50 763 Mark 97 Pf., Togogebiet 138 000 Mark, Südwestafrika 100 Mark, Ostafrika 37 700 Mark, Jaluit (Marschallinseln) 4841 Mark 67 Pf., Neu-Guinea zur Erforschung des Hinterlandes 10 000 Mark, an allgemeinen Ausgaben 24 000 Mark, zu unvorhergesehenen Ausgaben 46 125 Mark 35 Pf., zusammen 311 530 Mark 99 Pf. Zur Verfügung stehen: Rest aus dem Etatsjahre 1894—95 mit 111 530 Mark 99 Pf., Etatfonds für 1895—96 mit 200 000 Mark, so daß Einnahme und Ausgabe balanzirt.

— Dem Abgeordnetenhause ist eine Darstellung der Verhandlungen des Landeseisenbahnraths im Jahre 1895 zugegangen, ferner eine Uebersicht über die Ergebnisse der Verwaltung der preußischen Staats-Bergwerke, -Hütten und -Salinen während des Etatsjahres 1894—95, die Verordnung vom 30. Oktober v. J. betreffend die Förderung eines veränderten Bebauungsplanes des durch Brand zerstörten Fleckens Brotterode, eine Nachweisung der Veränderungen im Domänenbestande während des Etatsjahres 1894—95 sowie über die Ergebnisse der 1895 anderweit verpachteten Domänenvorwerke und der Nachweis über die im Jahre 1895 stattgehabte Aus- und Einrangirung in den Landgestüten des Staates. Nach der dem Abgeordnetenhause soeben zugegangenen Uebersicht über die Ergebnisse der preußischen Staats-Bergwerke, -Hütten und -Salinen während des Etatsjahres 1894—95 standen während dieses Jahres im Betriebe 48 Bergwerke (gegen 47 im Vorjahr), 12 (12) Hütten, 6 (6) Salinen und 5 (5) Steingewinnungen. Die Förderung der Bergwerke ist gegen das Vorjahr sowohl der Menge wie dem Werthe nach erheblich gestiegen, es wurden im Ganzen gefördert 11,94 (11,43) Millionen Tonnen im Werthe von 96,77 (94,33) Millionen Mark bei 71 755 (50 056) Arbeitern. Die Steingewinnung hatte einen Werth von 1,58 (1,72) Millionen Mark; die 6 Salinen stellten 118 900 (107 947) Tonnen Siedesalz im Werthe von 3,09 (2,81) Millionen Mark dar; die Hüttenproduktion betrug 14,83 (16,70) Millionen Mark. Auf den verschiedenen Werken der staatlichen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wurden im Durchschnitt 57 009 (55 322) Arbeiter beschäftigt, von denen 111 (90) durch Betriebsunfälle zu Tode kamen.

— Die „Kons. Korresp." bringt folgende Richtigstellung: In verschiedenen Blättern wird berichtet, „sicherem Vernehmen nach habe der Elfer-Ausschuß der konservativen Partei in seiner Sitzung am 16. d. Mts. beschlossen, eine Erklärung in der Richtung zu erlassen, daß er von der Hammerstein-Angelegenheit nicht so zeitig unterrichtet war, daß er etwas zur Verhaftung des Freiherrn von Hammerstein hätte beitragen können". Dieses „sichere Vernehmen" beruht auf Erfindung. Weder in der obenerwähnten noch in der dieser vorangegangenen Sitzung des Elfer-Ausschusses ist auch nur mit einem Worte von dem „Fall v. Hammerstein" die Rede gewesen.

— Die „Preußischen Jahrbücher" hatten vor einiger Zeit einen „Vir pacificus" unterschriebenen Aufsatz gebracht, in dem eine neue Ländervertheilung in Europa und darüber hinaus vorgenommen wurde. In der „Nordd. Allg. Ztg." wird dazu geschrieben:

Die deutsche Presse hatte ihn in richtiger Beurtheilung seines Werthes ganz unbeachtet gelassen. Einige ausländische Blätter jedoch, die nicht verpflichtet sind, mit den deutschen Verhältnissen und Anschauungen durchaus vertraut zu sein, besprechen ihn jetzt wie eine ernsthafte Sache. Es genügt wohl, hervorzuheben, daß in dem Aufsatze der deutschen Politik einerseits ein Verlangen nach den russischen Ostseeprovinzen, die für Deutschland schon nach seiner geographischen Gestaltung niemals ein erstrebenswerther Besitz sein könnten, andererseits die Auslieferung unseres Grenzbollwerks Metz an Frankreich zugemuthet wird. „Politische Träumereien" nennt sich der Artikel, — Träumereien, über die in Deutschland kein ernster Politiker wachend nachdenkt.

— In verschiedenen Blättern werden allerlei Erörterungen daran geknüpft, daß unter der von dem Staatsministerium gegengezeichneten Urkunde, betreffend die Stiftung des Wilhelm-Ordens, die Namen des Vize-Präsidenten, des Kriegsministers und des Ministers des Innern fehlen. Dazu bemerkt der „Reichsanz.":

Das Fehlen der beiden letzteren Namen erklärt sich einfach daraus, daß an der Sitzung des Staatsministeriums vom 19. Dezember v. Js., in welcher die — vom 18. Januar d. Js. datirte — Stiftungsurkunde zur Feststellung gelangte, die Minister des Krieges und des Innern wegen urlaubsweiser Abwesenheit nicht theilnahmen. Der Name des in der betreffenden Sitzung anwesenden Vize-Präsidenten findet sich unter dem Konzepte der Stiftungsurkunde und fehlt unter der Ausfertigung nur deshalb, weil am 20. v. Mts., als die Ausfertigung der Stiftungsurkunde unter den Staatsministern zur Gegenzeichnung zirkulirte, außer den Ministern des Krieges und des Innern auch der Vize-Präsident von Berlin mit kurzem Urlaube abwesend war und die Absendung an das Kabinet Sr. Majestät noch im Laufe des 20. stattfand.

** Die finanzielle Bedeutung der Eisenbahnen für den preußischen Staat erhellt schon daraus, daß sie mit 1 027 173 187 Mark erheblich mehr als die Hälfte der Gesamteinnahme und ungefähr zwei Drittel der Einnahme aus den sogenannten Einnahmeverwaltungen liefert. Aber das Verhältniß gestaltet sich auch um ein weniges anders, wenn man statt des Bruttoetats von dem Netto-Voranschlag ausgeht. Danach liefern die Eisenbahnen nach Abzug der für die Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnkapitalschuld erforderlichen 223,7 Millionen Mark 214,5 Millionen Mark für Deckung der allgemeinen Staatsbedürfnisse. Da die Nettoeinnahme sich im Ganzen auf 465,7 Millionen Mark beläuft, so entfallen davon etwas über 46 Prozent auf die Nettoeinnahmen aus der Eisenbahn. Ihr Antheil an den zur Deckung des Staatsbedarfs erforderlichen Mitteln übersteigt den der sämtlichen Steuern und Renten zusammengerechnet nicht unerheblich, denn diese liefern nur eine Einnahme von (143,8 + 37,4) 181,3 Millionen Mark.

Die Bedeutung der Staatseisenbahnverwaltung als Abnehmer von Erzeugnissen der heimischen Industrie wird durch die Thatsache illustrirt, daß neben rund 26 Millionen Mark für Materialien für die Reparatur der Betriebsmittel nicht weniger als 38 500 000 Mark für die Erneuerung des rollenden Materials in dem Etatsentwurf für 1896/97 ausgebracht sind. Zu den 386 Stück Lokomotiven, 479 Personenwagen und 5750 Gepäck- und Güterwagen, welche mit dieser Summe angeschafft werden sollen, treten noch die 4600 Stück Güterwagen, welche aus den im Extraordinarium ausgebrachten 12 Millionen Mark neu beschafft werden sollen. Die Zahl der Güterwagen, welche vom 1. April 1892 bis 1. April 1896 von 201 070 auf rund 224 000, also um mehr als 10 Prozent, oder im Durchschnitt jährlich um mehr als 2 Prozent gestiegen ist, wird dadurch weiter um 4600 Stück, also um mehr als den Durchschnittsbetrag der letzten Jahre, und zwar abgesehen von den aus Anleihegesetzen zur Ausrüstung neuer Bahnlinien zu bewirkenden Anschaffungen vermehrt. Allein an neuen Betriebsmitteln stellt der Eisenbahnetat daher der heimischen Industrie Lieferungen im Werthe von über 50 Millionen Mark in Aussicht.

Für Wohlfahrtszwecke sind für 1896/97 allein über 17 Millionen Mark und an Steuern, Kommunalsteuern und öffentlichen Lasten nicht weniger als 14 Millionen Mark in den Etat eingestellt; wo immer man den Etat der Eisenbahnverwaltung ansieht, ergeben sich so riesige Ziffern, welche auf die schließliche Gestaltung der Gesamtfinanzlage des Staates von empfindlicher Rückwirkung sind und immer aufs neue daran mahnen, die Finanzlage soweit als thunlich vor den nicht ausbleibenden Schwankungen zu schützen.

— Die „Deutsche Tageszeitung" des Bundes der Landwirthe erklärt nach der Ablehnung des Antrages Kanitz: „Wir bleiben die Alten." Mit besonderem Bezug auf die nationalliberale und die Zentrums-Partei wird bemerkt:

„An den ländlichen Wählern wird es nun sein, die nöthigen Folgerungen aus der Abstimmung zu ziehen und die gebotene Abrechnung mit den Männern ihres Vertrauens zu halten. Sie werden sich fragen müssen, ob sie noch einmal Gefahr laufen wollen, daß ihre Lebensinteressen dem Parteizwange geopfert werden. Sie werden sich die Leute recht genau ansehen müssen, damit sie nicht wieder mit schönen Redensarten abgespeist werden. Sie werden den Mann ihrer Wahl prüfen müssen, ob er ein Rückgrat habe oder ob er als Puppe am Drahte des Parteizwangs tanze."

Wir hatten schon darauf hingewiesen, daß in diesem Sinne weiter gewühlt werden würde. Für ein Jahr freilich, so fährt das Blatt fort, sei der Antrag zurückgestellt: „also kleine Mittel." Diese aber werden alsdann in ganz demselben hetzerischen Tone erörtert, wie der Antrag Kanitz. An anderer Stelle des Blattes wird mitgetheilt, daß bei Herrn von Plötz zahlreiche Telegramme eingegangen seien, in denen „Bundesmitglieder aus allen Theilen Deutschlands ihren bewährten Führern ihrer unbedingten Treue und ihrer steten Dankbarkeit versichern". Als Probe aus dem Westen wird folgendes Telegramm abgedruckt:

„Mit dem Ausdrucke des tiefsten Schmerzes über die harten Angriffe vom Freitag senden Ihnen unter der Versicherung unwandelbarer Treue und Gefolgschaft für Ihr opferfreudiges Wirken im Dienste der deutschen Landwirthschaft herzlichen Dank 200 Hildesheimer Bauern."

Das ist uns allerdings ganz besonders interessant. Gerade in den letzten Tagen haben wir Mittheilungen darüber erhalten, daß im Hildesheimischen, wo die Bauern überhaupt sich günstiger Verhältnisse erfreuen, einige besonders wohlhabende die eifrigsten Agitatoren des Bundes sind. Am 18. Februar soll hier im Zirkus Busch die Generalversammlung des Bundes stattfinden. Für diesen Tag wird die „Antwort auf die Ministerreden vom 16. und 17. Januar" in Aussicht gestellt.

— Ein Entwurf über die Erhöhung der Reichsdampfersubvention für die ostasiatische Linie wird, nach der „Fr. Ztg.", geplant. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Norddeutschen Lloyd gehen dahin, daß die Fahrten nach Ostasien verdoppelt werden und die Subvention um $1^1/_2$ Millionen erhöht wird. Dafür sollen aber an den Lloyd bestimmte Anforderungen über den Bau der neuen Dampfer gestellt werden, sowohl in Bezug auf Geschwindigkeit, als auch auf Verwendung derselben im Kriegsfalle. Die Vorlage soll so zeitig eingebracht werden, daß sie noch vor Ablauf des Vertrages mit dem Norddeutschen Lloyd zur Erledigung kommen kann.

— Nach einer drahtlichen Meldung an das Oberkommando der Marine sind am 17. d. M. die beiden auf der westafrikanischen Station befindlichen Kriegsfahrzeuge, der Kreuzer 4. Klasse „Sperber" (Kommandant Korvettenkapitän Reincke) und das Kanonenboot „Hyäne" (Kommandant Kapitänlieutenant Deubel), von Kamerun kommend, plötzlich in Kapstadt eingetroffen. Es unterliegt somit keinem Zweifel, daß man diese beiden Schiffe unter beschleunigten Dampfverhältnissen nach dem südafrikanischen Hafen beorderte, um sie nahe den beiden vor Lourenço Marques stationirten Kreuzern „Kondor" und „Seeadler" zu wissen. Denn wenn auch „Sperber" zu Anfang dieses Monats von Kamerun aus eine Erholungsreise für die Mannschaften nach dem Süden Afrikas antreten sollte, so lag ohne den Zwischenfall im Transvaal kein Grund vor, auch die „Hyäne" von der westafrikanischen Station fortdampfen zu lassen. Sollten es die Verhältnisse nöthig machen, so werden in wenigen

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Der Miquelsche Erlaß zum Kommunalabgabengesetze.

Am 7. Dezember v. J. hat der Herr Finanzminister Miquel einen Erlaß an die preußischen Regierungs- und Oberpräsidenten gerichtet, der sich auf die Ausführung des Kommunalabgabengesetzes bezieht. Obgleich dieser Erlaß am 20. Dezember im „Reichsanzeiger" publizirt wurde, ist die Presse bisher noch nirgends auf seinen Inhalt eingegangen, der unseres Erachtens mit den Absichten und dem Wortlaute des Kommunalabgabengesetzes in Widerspruch zu stehen scheint. Die öffentliche Meinung verdient aber um so stärker auf den Miquelschen Erlaß hingewiesen zu werden, als er die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten nothwendiger Weise beeinflussen muß, auf eine Gestaltung des Kommunalwesens einzuwirken, die wir nicht als billig bezeichnen können.

Herr Miquel betont, daß es „eines der hauptsächlichsten Ziele der Steuerreform gewesen sei, vermöge einer entsprechend schärferen Heranziehung der Realsteuern zu den Kommunallasten die thunlichste Herabminderung der Gemeindezuschläge zur Einkommensteuer bis zu einer diese neben der Ergänzungssteuer nicht mehr gefährdenden Höhe herbeizuführen und den Haushalt der Gemeinden mehr als bisher auf die Besteuerung der Realitäten zu begründen". Gemeindebeschlüssen, die diesen „Absichten des Kommunalabgabengesetzes" zuwiderlaufen, sollen in der Regel die erforderlichen Genehmigungen und Zustimmungen nicht ertheilt werden.

Eine solche Gesetzesauslegung würde mit den wahren Absichten des Kommunalabgabengesetzes in Widerspruch stehen. Wohl hatte die preußische Regierung in der Begründung des Entwurfes eines Kommunalabgabengesetzes die Herabminderung der Einkommensteuerzuschläge als eines der hauptsächlichsten Ziele der Steuerreform hingestellt und darauf verwiesen, daß bei der Steuervertheilung die Erleichterungen zu berücksichtigen seien, die den Steuerpflichtigen einer Gemeinde durch den Erlaß der Staatsrealsteuern zu Theil geworden wären. Allein das Abgeordnetenhaus wollte von dieser Ansicht nichts wissen, es hat ausdrücklich aus dem Gesetze alles entfernt, was den Anschauungen der Regierung bei späterer Auslegung irgend welche Stütze hätte bieten können, und es hat damit vorbeugen wollen, daß in den Gemeinden der Versuch gemacht werde, unter Nichtberücksichtigung des an die Spitze des Gesetzes gestellten Grundsatzes von Leistung und Gegenleistnng die Einkommensteuerzuschläge möglichst herabzumindern und die Realsteuern möglichst scharf heranzuziehen. Hätte Herr Miquel die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses einer Durchsicht unterzogen, so würde er gefunden haben, daß bei allen Rednern im Abgeordnetenhause und schließlich auch auf Seiten der Vertretung der Regierung als leitender Gedanke der gegolten hat, daß die als zu hoch erkannte Grund- und Gebäudesteuer ermäßigt, die so ermäßigte Grund- und Gebäudesteuer zu einem gewissen Theile den Gemeinden überwiesen würde und für den Fall dieser Ueberweisung nicht weiter als Unterlage für kommunale Umlagen benutzt werden dürfe. In einem offenbaren Widerspruche mit diesem Grundgedanken bewegt sich der Miquelsche Erlaß. Auch die Forderung, daß den Gemeindbeschlüssen über die Vertheilung des Steuerbedarfs in der Regel die Genehmigung versagt werden soll, wenn sie auf eine im Verhältniß zur Erleichterung der Einkommensteuerpflichtigen überwiegende Verminderung der vor dem 1. April 1895 vom Grundbesitz und Gewerbebetriebe getragenen Belastung an staatlichen Ertragssteuern hinauslaufen, ist ganz unberechtigt. Nach dem Gesetze soll die Vertheilung der Gemeindelasten nach dem Grundsatze von Leistung und Gegenleistung erfolgen. Wenn also die Realsteuern in einer Gemeinde bislang derart hohe waren, daß jenem Grundsatze nicht entsprochen wurde, so ist es selbstverständlich, daß ihre Herabsetzung ohne Rücksicht auf die Erleichterung der Einkommensteuerpflichtigen erfolgt, sofern nur Leistung und Gegenleistung balanziren. So fordert es das Gesetz! Und die Auslegung sollte sich streng an den Wortlaut des Gesetzes halten.

In seinem Erlasse vom 7. Dezember bemerkt Herr Miquel nun weiter:

Daß der Abs. 1 § 54 K.-A.-G. durchaus nicht die Heranziehung der Realsteuern nur mit dem gleichen Prozentsatze wie der Einkommensteuer als die Regel betrachte, ergäbe sich auch aus § 59 a. a. O., wonach, wenn ein gültiger Gemeindebeschluß über die Vertheilung des Steuerbedarfs nicht rechtzeitig zu Stande komme, die Realsteuern mit einem um die Hälfte höheren Prozentsatze als die Einkommensteuer heranzuziehen. Es bedürfte daher, so führt er noch aus, auch für eine innerhalb der in Abs. 1 a. a. O. gegebenen Grenzen sich haltende schärfere Heranziehung der Realsteuern als der Einkommensteuer keiner besonderen Begründung.

Wenn man Herrn Miquels Bemerkung liest, es ergebe sich aus § 59, daß die Heranziehung der Realsteuern nur mit dem gleichen Prozentsatze wie dem der Einkommensteuer durchaus nicht als Regel zu betrachten sei, so muß man einigermaßen erstaunen. Bei einer Deutung der von Herrn Miquel angezogenen Regeln des § 54 hat man sich nämlich zu vergegenwärtigen, daß in dem Regierungsentwurfe das Verhältniß der Realsteuern zu den Einkommensteuerzuschlägen allerdings wie das von $1 : 1^1/_2$ vorgesehen war. Allein dieser Maßstab wurde vom Abgeordnetenhause ausdrücklich verworfen, und dafür wurden die Regeln und Abweichungen der §§ 54 und 55 aufgestellt. In dem von Herrn Miquel angezogenen § 59 ist die Belastung von $1 : 1^1/_2$ lediglich als eine Art Strafe vorgesehen, wenn ein gültiger Beschluß über die Vertheilung des Steuerbedarfs in den ersten drei Monaten des Rechnungsjahres nicht zu Stande gekommen ist. Dagegen hat Niemand daran gedacht, eine Regel in § 59 aufstellen zu wollen.

Sonderbar ist es nun weiter, daß sich Herr Miquel in seinen Ausführungen nur auf den § 54 des K.-A.-G. stützt und den § 55 außer Acht läßt. Ohne diesen Paragraphen, in dem der Grundsatz von Leistung und Gegenleistung deutlich ausgesprochen ist, vermag der § 54 überhaupt nicht verstanden zu werden. Der Herr Finanzminister vergißt ohne Frage, daß das Gesetz auf einem Kompromisse der verschiedensten Anschauungen zu Stande gekommen und daß es deshalb zum Zwecke seiner Auslegung unzulässig ist, gewisse Bestimmungen willkürlich aus dem Zusammenhange herauszugreifen. Wenn er von den Regeln des § 54 spricht, so durfte er nicht verschweigen, daß man gerade diese Regeln für so wenig mit dem Grundsatze des Gesetzes vereinbar gehalten hat, daß man in § 54 ausdrücklich aussprach, durch Realsteuern sollten lediglich diejenigen Ausgaben gedeckt werden, die nachweisbar dem Grundbesitze oder Gewerbebetriebe zum besonderen Vortheile gereichen. Kennt denn Herr Miquel diese Gesetzesbestimmung nicht?

Es liegt klar auf der Hand, daß das Gesetz eine Höherbelastung der Realsteuern auch innerhalb des Spielraumes, den § 54 Absatz 1 gestattet, erst nach eingehender Prüfung zulassen will, d. h. erst dann, wenn die Ausgaben für vorgenannte Zwecke nicht durch den gleichen Zuschlag zu den Realsteuern wie zur Einkommensteuer gedeckt werden können. Ohne Frage müssen zu diesem Zwecke zunächst eingehende rechnerische Nachweise darüber erbracht werden, wie hoch sich die Ausgaben für Veranstaltungen belaufen, die den Realsteuerpflichtigen allein oder vorzugsweise Vortheile bringen. Die städtischen Behörden haben sich im Widerspruch mit den Gesetzesbestimmungen dieser Verpflichtung bisher fast einmüthig entzogen. Der Miquelsche Erlaß kann sie in diesem Verhalten nur bestärken.

Tagen vier unserer Kriegsfahrzeuge die Flagge in der Delagoabay zeigen können, wenn alle vier Schiffe auch nur einen Besatzungsetat von gegen 550 Mann zusammen haben.

Köln, 20. Januar. Der „Köln. Ztg." wird aus Berlin gemeldet: Der vom Auswärtigen Amt in der Angelegenheit des Assessors Wehlau bestellte Staatsanwalt Legationsrath Rose hat nunmehr gegen das Urtheil der Potsdamer Disziplinarkammer die Berufung eingelegt.

Karlsruhe, 20. Januar. Bei dem Festmahle, welches Sonnabend Abend in der Festhalle stattfand, hielt der Großherzog folgende Rede: „Kameraden, es ist Zeit, daß ich von Ihnen Abschied nehmen muß; bevor ich Sie aber verlasse, möchte ich noch einige Worte an Sie richten. Die heutige Erinnerungsfeier war eine der höchsten, die ich je erlebte. Es ist heute nicht nur der Tag der Erinnerung an die Schlachten, die wir geschlagen haben, es ist der Tag der Wiederherstellung des deutschen Reiches; Sie, meine Freunde, haben oft „Die Wacht am Rhein" gesungen, wenn der Ruf an Sie erging. Es war ein Freudengesang und ihr Gesang hat schöne Erfolge gehabt. Heute brauchen wir die Wacht am Rhein nicht mehr in diesem Sinne zu singen, weil die Grenzen weiter gerückt sind. Aber, meine Freunde, dieser Wacht gegenüber steht noch eine andere Wacht, die Wacht des Herzens. Sie verstehen, was ich darunter meine; diese Wacht zu halten und zu stärken, damit wir vor dem Unglück bewahrt bleiben, daß sich der Umsturz mehr und mehr Bahn bricht, das ist Wacht des Herzens. Die Macht, die vor 25 Jahren begründet wurde, soll auch in Zukunft andauern und uns vor allem Unglück bewahren. Sie, meine Freunde, wirken Sie in Ihrem Kreise, diese Macht zu stärken. Hiermit schließe ich und nehme Abschied von Ihnen, aber ich fordere Sie noch auf, mit mir einzustimmen in einen Ruf und dieser Ruf gilt Ihnen, er gilt dem deutschen Heere, das sich heute vor 25 Jahren so glänzend bewährt hat; das deutsche Heer, es lebe hoch, hurrah!"

Oesterreich-Ungarn.

In dem Landesverraths-Prozeß in Krakau gegen den galizischen Bauer Kozierski, den Assekuranz-Agenten Samuel Strumpfner und dessen Gattin Charlotte wegen Unterstützung des Versuches zweier desertirter österreichischer Feuerwerker, aus der Krakauer Militärkanzlei Festungs- und Mobilisirungs-Pläne zu entwenden und dem Kommandanten der russischen Grenzwache Rittmeister Tierchowsky zu bringen, wurde gestern Kozierski zu einem Jahr, Strumpfner zu zwei Jahren und Charlotte Strumpfner zu anderthalb Jahren schweren Kerkers verurtheilt.

Wien, 20. Januar. Wie das „Fremdenblatt" vernimmt, ist die Nachricht von der angeblichen Verschiebung der Wiedereinberufung des Reichsraths vollständig unbegründet. — In maßgebenden Kreisen wird der 10. Februar als der äußerste Termin der Dauer der Landtagssession bezeichnet.

Wien, 20. Januar. Das „Militär-Verordnungsblatt" veröffentlicht die Verleihung der zweiten Klasse des Ordens der Eisernen Krone an den zum Eisenbahnminister ernannten Feldmarschall-Lieutenant von Guttenberg und die Ernennung des Feldmarschall-Lieutenants Pitreich zum Stellvertreter des Chefs des Generalstabs.

Lemberg, 20. Januar. Der Ministerpräsident Graf Badeni trifft am 27. d. Mts. zu den Landtagsverhandlungen hier ein.

Frankreich.

Das Begräbniß Floquets ist auf Mittwoch angesetzt. Nach dem letzten Willen des Verstorbenen darf es weder einen kirchlichen, noch einen offiziellen Charakter haben. Der Präsident der Republik ließ gestern Nachmittag Frau Floquet durch einen der Offiziere des Elyseepalastes sein Beileid ausdrücken. Die Minister sowie die Präsidenten des Senats und der Kammer sprachen selbst vor; desgleichen viele Diplomaten und Parlamentsmitglieder. Der „Rappel" erzählt, wie Floquet Hortense Kestner, eine Enkelin der durch Goethe berühmt gewordenen Charlotte Buff, heirathete. Sie war die jüngste von fünf Schwestern, von denen die älteste mit dem General Charras vermählt war, der seit dem Staatsstreiche von 1851 Frankreich gemieden hatte und 1865 in Basel starb. Zu dem Begräbniß hatten die Pariser Schulen den jungen Advokaten Floquet gesandt, der die republikanischen Tugenden des Verstorbenen mit solchem Feuer pries, daß Hortense Kestner davon ganz entzückt war und ihre Bewunderung für den Redner nicht verhehlte. Dieser, den Etienne Arago von dem Gefühle, das er geweckt hatte, in Kenntniß setzte und aufmunterte, einen Heirathsantrag zu machen, wandte ein, seine Stellung sei zu bescheiden, als daß er Ansprüche auf eine der reichsten Erbinnen des Elsaß erheben dürfte; allein Arago brachte die Sache in Ordnung und Fräulein Kestner wurde Frau Floquet. Ihre drei anderen Schwestern sind Frau Scheurer-Kestner, Frau Chauffour und Frau Risler, die Mutter der Wittwe Jules Ferrys, welche also eine Nichte von Frau Floquet ist. Die Familie Risler und Scheurer-Kestner, an deren Spitze lange eine ehrwürdige Greisin stand, die nur die Schwäche hatte, alles zu verabscheuen, was mit kirchlichen Gebräuchen zusammenhing und ihren Kindern und Enkeln Ziviltrauungen und Zivilbegräbnisse zur Pflicht gemacht hatte, wurde früher in republikanischen Kreisen scherzweise „La famille royale" genannt. Diese Eigenthümlichkeit der alten Dame hatte Jules Ferry bekanntlich große Verlegenheit bereitet. Dem Wunsche der Großmama gemäß, war seine Ehe mit Fräulein Risler nicht eingesegnet worden, und die Ziviltrauung gilt in gewissen Augen, obwohl sie in Frankreich seit einem Jahrhundert vor dem Gesetze gültig ist, so wenig, daß der päpstliche Nuntius Czerki dem Minister des Aeußeren, Jules Ferry, der ihn zu einem diplomatischen Diner einlud, vertraulich antworten ließ, er dürfe sich als Priester nicht neben eine Frau, wie seine Lebensgefährtin, setzen, die im „Konkubinat" lebe.

Italien.

Rom, 20. Januar. Die Anklagekammer des hiesigen Appellhofes beschloß heute, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, das Verfahren im Prozeß gegen Giolitti und Genossen wegen Hinterziehung von Dokumenten nicht wieder aufzunehmen, und die Akten dem Archiv einzuverleiben.

Rom, 20. Januar. Aus Massowah wird gemeldet, daß die Feindseligkeiten zwischen den italienischen Truppen und den Schoanern aufgehört haben. Menelik verlangt mit Baratieri zu unterhandeln.

England.

London, 20. Januar. Eine amtliche Depesche meldet, König Prempeh hat sich heute öffentlich den Engländern unterworfen. Der König und einige seiner Verwandten werden für die Dauer der Verhandlung in Betreff der Entschädigung in Cape Coast Castle festgehalten werden.

London, 20. Januar. Nach einer Drahtung aus Kumassie vom 17. d. d. Mts. rückten die Truppen der britischen Expedition in die Aschantihauptstadt in voller Stärke mit klingendem Spiele ein. Prempeh empfing, umgeben von seinen Häuptlingen und seinem Volk, die Briten mit allen Zeichen der Achtung und Unterwürfigkeit. Die Eingeborenen schlugen beim Einzug der Truppen den Tamtam. Der König und seine Häuptlinge stellten unverzüglich nach dem Einzug dem General Scott und dessen Stab ihre Häuser zur Verfügung. Die Aschantis sind völlig eingeschüchtert.

Rußland.

Petersburg, 20. Januar. Der Botschafter Fürst Radolin nebst Gemahlin und Komtesse Radolin wurden gestern von der Kaiserin-Wittwe empfangen.

Morgen Abend findet großer Empfang beim Fürsten und der Fürstin Radolin statt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Januar. Das Komitee für Ferienkolonien hat am 16. d. Mts. mit der Speisung armer Schulkinder begonnen und zwar wurden 399 Kinder bedacht und zwar von der Ministerialschule 34, Johannishofschule 18, Rosengarten-Knabenschule 24, Louisenschule 20, Mädchenschule Parnitzstraße 18, Knabenschule Wallstraße 32—33 34, Gertrudschule 18, Galgwiesenschule 24, Mädchenschule Bäckerberg 27, Pommerensdorfer Anl. Knabenschule 29, Pommerensdorfer Anl. Mädchenschule 23, Lukasschule 24, Mädchenschule Grünhof 34, Bugenhagen-Knabenschule 14, Bugenhagen-Mädchenschule 19, der katholischen Schule 12, Knabenschule Hohenzollernstraße 12, Mädchenschule Königsplatz 12, der Klasse für schwachsinnige Kinder 3. Die Kinder erhalten an jedem Wochentage warmes Essen aus der Volksküche und etwas Brod. Außerdem werden arme Kinder der Knabenschule in Neu-Torney und Mädchenschule in Westend von dem Bezirks-Verein Neu-Torney-Westend aus eigenen Mitteln in eigener Küche gespeist.

— Während gestern Abend die zahlreich besuchte Versammlung der Konfektionsschneider und -Schneiderinnen im Saale der Bockbrauerei über die Lohnbewegung berieth und die von uns in letzter Nummer mitgetheilten Beschlüsse faßte, hatte sich auch die Vereinigung der hiesigen Konfektionsfirmen zu gleichem Zweck vereinigt. Dieselben beschlossen, ihre Beschlüsse geheim zu halten. Wir können mittheilen, daß auf Grund der von den Schneidern aufgestellten Forderungen, welche sich im wesentlichen auf die am 13. Januar 1895 in Berlin und am 24. und 25. November in Erfurt gefaßten Beschlüsse der Konferenzen der Konfektionsschneider und Näherinnen Deutschlands stützen, eine Einigung kaum erzielt werden dürfte, neben der Festsetzung der einzelnen Minimal-Lohnsätze dürften wegen Errichtung von Betriebswerkstätten die Meinungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer weit auseinander gehen. Gegen letztere Einrichtung machen sich hier auch in Kreisen der Arbeitnehmer Bedenken bemerklich, indem die Ansicht vertreten ist, daß selbst bei Erhöhung der Arbeitslöhne der Verdienst erheblich geschmälert würde, wenn die Hausindustrie gänzlich den Betriebswerkstätten weichen sollte. Andererseits ist die Vereinigung der Konfektionäre, wie wir hören, nicht abgeneigt, über die Lohnbewegung mit den Arbeitnehmern in Verhandlung zu treten und hat dazu eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt.

— Gebrauchsmuster sind eingetragen: für W. Seelig in Stettin-Grünhof auf eine Abschnürvorrichtung für Gartenbeete u. s. w. aus einer Maßstange mit Einschnitten und einer auf der Stange verschiebbaren Schnürzugfeder mit Schnürleine, und für Ernst Gerhardt in Lauenburg auf Metallplatten mit umgefalzten Kanten zur Herstellung wasserdichter Dächer ohne Löthung.

* In der Zeit vom 12. bis 18. Januar d. J. sind hierselbst 33 männliche und 35 weibliche, in Summa 68 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 26 Kinder unter 5 und 16 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 6 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 4 an Gehirnkrankheiten, 4 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 4 an Lebensschwäche, 2 an Abzehrung, 2 an Diphteritis, 2 an Schwindsucht, 1 an Grippe und 1 an chronischer Krankheit. Von den Erwachsenen starben 10 an Schwindsucht, 9 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 4 an organischen Herzkrankheiten, 3 an Gehirnkrankheiten, 3 an entzündlichen Krankheiten, 3 an chronischen Krankheiten, 3 an Altersschwäche, 2 in Folge von Unglücksfällen, 1 an Krebskrankheit und 1 an Schlagfluß; 3 endeten durch Selbstmord.

* Als Sachverständige und Taxatoren wurden auf Antrag der Vorsteher der Kaufmannschaft vom königlichen Amtsgericht hierselbst vereidigt die Kaufleute Ernst Woelfert in Firma Woelfert u. Heinrich und Ernst Heydemann in Firma Hermann Oelkers für Farben und Farbwaaren, der Kaufmann Theodor Pée für medizinaltechnische Drogen, Farben und Farbwaaren, Chemikalien, Parfümerien, Mineralwasser und Quellenprodukte.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin,** 21. Januar. Vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich heute der Streckenarbeiter August Bönisch wegen schweren und einfachen Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte war bei der Kleinbahn Greifenhagen-Wildenbruch angestellt und hatte Zutritt zu den Diensträumen des Stationsgebäudes in Borin. Am 13. September 1895 nahm er von dem Tisch des Bahnagenten zwei Mark, die er dort liegen sah, fort, und am folgenden Tage entwendete er aus der verschlossenen Schublade des Tisches drei Mark. Der zweite Diebstahlsfall war als schwerer anzusehen, da B. die etwas lose Tischplatte aufheben mußte, um an das Geld zu kommen. Das Gericht hielt dem Angeklagten seine bisherige Unbescholtenheit und sein offenes Geständniß als mildernd zu gut und erkannte auf 4 Monate Gefängniß.

Landwirthschaftliches.

Von einem landwirthschaftlichen Verein ist die zum Theil auch in der Tagespresse erörterte Anregung gegeben worden, daß die Proviantamts-Beamten innerhalb ihrer Bezirke bei den Produzenten herumreisen möchten, um an Ort und Stelle deren Waare zu prüfen und anzukaufen. Auf solche Weise könne vermieden werden, daß der Produzent mit seiner Waare vergeblich zum Proviantamt fahre, wenn dieselbe dort bei Ankunft als ungeeignet nicht angenommen werde. Auch könne die Waare, am Produktionsort selbst von Proviantamts-Beamten gekauft, demnächst auf Grund des billigeren Militärtarifs auf der Eisenbahn zum Proviantamte gefahren, die Frachtersparniß aber dem Preise, welchen der Produzent erhält, hinzugeschlagen werden. Dieser Anregung gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß solche Reisen von Proviantamts-Beamten sich doch immer nur in beschränktem Umfange würden ausführen lassen. Die Ankäufe können endgültig nur durch die Vorstände der Proviantämter abgeschlossen werden, welchen in erster Linie die Verantwortung für das Ankaufsgeschäft und die magazinmäßige Beschaffenheit der gekauften Waare zufällt. Die Vorstände können aber im Interesse des Dienstes ihren Amtssitz unmöglich längere Zeit verlassen; ihre Zahl ist im Vergleich zu den zu bereisenden Produktionsgebieten sehr gering. Weiter würden die Kosten, welche solche Reisen verursachen, doch von den Produzenten getragen werden müssen und dadurch ihre Aussicht auf höhere Preise beeinträchtigt werden. Nichtsdestoweniger ist in einzelnen Fällen beim Lautwerden entsprechender Wünsche aus ländlichen Kreisen versuchsweise genehmigt worden, daß sich Proviantamts-Beamte zum Zweck des unmittelbaren Ankaufs in das Produktionsgebiet begeben haben. Ein besonders günstiger Erfolg hat sich jedoch bisher hierbei nicht ergeben.

Vermischte Nachrichten.

— Um einen Raubmordversuch scheint es sich bei einem Vorgange zu handeln, der sich am Sonntag früh gegen 4 Uhr in der Gerbischschen Weinstube in der Kantstraße zu Charlottenburg abgespielt hat. Hier verkehrte seit zwei Tagen ein Gast, der sich Baron von Bonzani nannte. Auch am Sonnabend Nachmittag etwa um 5 Uhr fand der Baron sich ein, ließ sich die theuersten Weine und die besten Speisen vorsetzen und machte eine Zeche von nahezu 100 Mark. Zu später Nachtstunde war er schließlich mit dem Geschäftsführer der Weinstube, dem Gastwirth Fritz Bormann, der in Berlin in der Charlottenstraße Nr. 73 sein eigenes Geschäft besitzt, allein. Er machte Bormann gegen $3\frac{1}{2}$ Uhr Morgens den Vorschlag, gemeinsam noch nach Berlin zu fahren und dort an dem festlichen Treiben theilzunehmen. Seine Zeche hatte er noch nicht berichtigt. Bormann wollte einen so guten Gast mit seinem Anerbieten nicht zurückweisen und schickte sich an, sein Lokal zu schließen. Während er durch einen Vorhang hindurch die eiserne Rollade der Thür herunter ließ, erhielt er plötzlich einen Schuß in den Hinterkopf. Einen Augenblick war Bormann seiner Sinne nicht mächtig, dann aber hatte er so viel Geistesgegenwart und trotz seines großen Blutverlustes noch Kraft genug, um den Baron zurückzustoßen und die Jalousie wieder hochzuziehen. Diesen Augenblick benutzte der Attentäter, durch die Thür zu entwischen. Bormann, aus dessen Wunde das Blut fortgesetzt herunterlief, folgte, laut um Hülfe rufend, dem Fliehenden auf die Straße und nahm ihn mit Unterstützung mehrerer Personen, die aus der Nachbarschaft herbeigeeilt waren, fest. Inzwischen waren auch Polizeibeamte herbeigekommen, und der Attentäter wurde nun nach der Wache des fünften Reviers gebracht. Der Verletzte selbst erhielt dort einen Nothverband und gelangte dann, nachdem er den Thatbestand angegeben hatte, mit einer Droschke nach Berlin, wo er um 6 Uhr Morgens in seiner Wohnung ankam. Der Thäter hat auf der Revierwache weder über seine Person noch über den Beweggrund zu seinem Verbrechen Auskunft gegeben. Er legte eine große Frechheit an den Tag und erklärte dem Revierlieutenant, die ganze Sache gehe ihn garnichts an. Bei der Kriminalpolizei, wohin er später gebracht wurde, nannte er sich Baron von Bolzano Edler von Kronstedt. Er hatte Visitenkarten bei sich, die auf einen anderen Namen lauten; es gelang festzustellen, daß er Rödling heißt. Wo er wohnt, ist noch nicht bekannt. Auch der Kriminalpolizei gegenüber hat er sich über seine Handlung nicht ausgelassen. Er wird im Laufe des heutigen Dienstags in das Untersuchungsgefängniß zu Moabit eingeliefert werden. Geld zur Bezahlung der Zeche, an der auf seine Einladung auch ein Stallmeister aus Charlottenburg theilgenommen hatte, besaß er nicht. Der verletzte Bormann, der am Montag Nachmittag bei der Charlottenburger Kriminalpolizei nochmals vernommen wurde, trägt das Geschoß noch im Hinterkopfe; die blutigen Kleider hat er als Beweismaterial der Polizei zugestellt. Der Revolver ist nicht gefunden worden, jedenfalls hat ihn der „Baron" bei seiner Flucht weggeworfen. Der Attentäter hat wahrscheinlich die Absicht gehabt, den Bormann auf dem Wege nach Berlin umzubringen und zu berauben, dann aber, als er sich in dem Lokale mit ihm allein sah, seinen Plan geändert und ist schon dort zur That geschritten. Bormann hatte außer seinem Gelde auch eine sehr werthvolle Uhr bei sich.

Graz, 20. Januar. In Obersteier erfolgen verheerende Lawinenstürze. Eine Lawine verschüttete bei Rottenmann eine Köhlerei samt Köhler, eine andere eine Meierei mit zahlreichem Viehstand und einen Knecht.

Paris, 20. Januar. (Schluß-Kourse.)
Träge.

	20.	18.
3% amortisirb. Rente	100,50	—,—
3% Rente	101,80	101,90
Italienische 5% Rente	84,70	84,60
4% ungar. Goldrente	—,—	102,00
4% Russen de 1889	102,00	102,30
3% Russen de 1891	91,00	91,50
4% unifiz. Egypten	—,—	103,75
4% Spanier äußere Anleihe	59,62	60,37
Convert. Türken	21,10	21,45
Türkische Loose	108,70	$109,37\frac{1}{2}$
4% privil. Türk.-Obligationen	464,00	468,00
Franzosen	750,00	748,75
Lombarden	228,75	230,00
Banque ottomane	565,00	576,00
„ de Paris	763,00	765,00
Debeers	606,00	610,00
Credit foncier	706,00	715,00
Huanchaca	69,00	67,00
Meridional-Aktien	592,00	—,—
Rio Tinto-Aktien	401,20	402,50
Suezkanal-Aktien	3225,00	3230,00
Credit Lyonnais	778,00	778,00
B. de France	3520,00	—,—
Tabacs Ottom.	400 00	401,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,37	122,37
Wechsel auf London kurz	$25,22\frac{1}{2}$	25,23
Cheque auf London	25,24	$25,24\frac{1}{2}$
Wechsel Amsterdam k.	205,50	205,56
„ Wien k.	205,62	205,50
„ Madrid k.	405,50	407,00
„ Italien	7,87	7,87
Robinson-Aktien	242,00	243,00
4% Rumänier	87,00	—,—
5% Rumänier 1893	98,75	99,00
Portugiesen	25,50	25,56
Portugiesische Tabaksoblig.	476,00	478,00
4% Russen de 1894	65,05	66,00
Langl. Estat.	141,25	142,50
$3\frac{1}{2}$% Russ. Anl.	96,60	96,70
Privatdiskont	$1\frac{5}{8}$	$1\frac{5}{8}$

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. Januar.

Wetter: Aufklärend. Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 778 Millimeter. Wind: Südwest.

Weizen höher, per 1000 Kilogramm loko 137,00—148,00, per April-Mai 153,00 bez., per Mai-Juni 154,00 bez.

Roggen höher, per 1000 Kilogramm loko 118,00—122,50, per April-Mai 125,50 B., 125,00 G., per Mai-Juni 126,50 B., 126,00 G., per September-Oktober 127,00 B. u. G.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 111,00—116,00.

Spiritus fester, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 31,7 bez., Termine ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Nichtamtlich.

Petroleum loko 11,75, Kasse $\frac{5}{12}$ Prozent.

Berlin, 21. Januar.

Weizen per Januar —,—, bis —,—, per Mai 153,50.

Roggen per Januar —,—, bis —,—, per Mai 125,75 per September 128,00.

Rüböl per Januar 47,10, per Mai 47,20.

Spiritus loko 70er 32,80, per Januar 70er 37,60, per Mai 70er 38,40, per September 39,40.

Hafer per Mai 122,00.

Mais per Mai 92,50.

Petroleum per Januar 21,80, per Februar 21,80.

London, 21. Januar. Wetter: Kalt.

Berlin, 21. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	105,90
do. do. $3\frac{1}{2}$%	104,70
do. do. 3%	99,25
Deutsche Reichsanl. 3%	99,20
Pomm. Pfandbriefe $3\frac{1}{2}$%	101,00
do. do. 3%	96,00
do. Landescred.-B. $3\frac{1}{2}$%	101,00
Centrallandsch.Pfdbr. $3\frac{1}{2}$%	101,75
do. 3%	96,00
Italienische Rente	84,75
do. 3% Eisenb.-Oblig.	52,50
Ungar. Goldrente	103,25
Rumän. 1881er am. Rente	99,60
Serbische 4% 95er Rente	66,80
Griech. 5% Goldr. v. 1890	—,—
Rum. amort. Rente 4%	87,25
Russ. Boden-Credit $4\frac{1}{2}$%	104,25
do. do. von 1880	—,—
Mexikan. 6% Goldrente	91,20
Oesterr. Banknoten	168,20
Russ. Banknoten Cassa	217,25
do. do. Ultimo	217,00
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) $4\frac{1}{2}$%	110,00
do. (100) 4%	—,—
do. (100) 4%	102,50
do. unkb. b. 1905 (100) $3\frac{1}{2}$%	101,40
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,40
Stett. Bulc.-Act. Littr. B	140,00
Stett. Bulc.-Prioritäten	146,10
Stettiner Straßenbahn	100,75
Petersburg kurz	216,40

London kurz	10,44
London lang	203,75
Amsterdam kurz	168,00
Paris kurz	80,95
Belgien kurz	80 85
Berliner Dampfmühlen	112,00
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	64,25
„Union", Fabrik chem. Produkte	104,90
Barziner Papierfabrik	160,50
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,50
$3\frac{1}{2}$% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	101,50
Stett. Stadtanleihe $3\frac{1}{2}$%	102,00

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	207,40
Berliner Handels-Gesellsch.	149,10
Oesterr. Credit	223,90
Dynamite Trust	148,20
Bochumer Gußstahlfabrik	151,60
Laurahütte	145,25
Harpener	165,60
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	172,25
Dortm. Union St.-Pr. 6%	45,90
Ostpreuß. Südbahn	92,10
Marienburg-Mlawkabahn	75,00
Mainzerbahn	123,50
Norddeutscher Lloyd	104,50
Lombarden	42,30
Luxemb. Prince-Henribahn	68,00

Tendenz: Befestigt.

Hamburg, 20. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucke, 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg, per Januar 11,30, per März $11,37\frac{1}{2}$, per Mai 11,50, per August $11,72\frac{1}{2}$, per Oktober $10,97\frac{1}{2}$, per Dezember $10,97\frac{1}{2}$. Stetig.

Hamburg, 20. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per Januar 70,25, per März 69,75, per Mai 68,50, per September 64,75, per Oktober 62,50, per Dezember 61,25. Ruhig.

Bremen, 20. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Niedriger. Loko 6,45 B. Russisches Petroleum. Loko 6,05 B.

Amsterdam, 20. Januar. Java-Kaffee good ordinary 52,00.

Amsterdam, 20. Januar. Bancazinn 36,50.

Amsterdam, 20. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per März —,—, per Mai 155,00, Roggen loko fest, do. auf Termine unverändert, per März 104,00, per Mai —,—, per Juli —,—. Rüböl loko 25,50, per Mai 25,25, per Herbst 25,62.

Antwerpen, 20. Januar. Getreidemarkt. Weizen steigend. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen, 20. Januar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,25. — Weichend.

Antwerpen, 20. Januar. Schmalz per Januar 73,00. Margarine ruhig.

Paris, 20. Januar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) fest, 88% loko 28,75 bis 29,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar $31,87\frac{1}{2}$, per Februar $32,12\frac{1}{2}$, per März-Juni $32,62\frac{1}{2}$, per Mai-August 33,00.

Paris, 20. Januar, Nachm. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen beh., per Januar 18,45, per Februar 18,65, per März-Juni 19,15, per Mai-August 19,40. Roggen ruhig, per Januar 10,95, per Mai-August 11,75. Mehl beh., per Januar 40,20, per Februar 40,35, per März-Juni 41,30, per Mai-August 42,15. Rüböl ruhig, per Januar 55,25, per Februar 55,50, per März-April 55,50, per Mai-August 55,00. Spiritus matt, per Januar 31,50, per Februar 31,75, per März-April 32,25, per Mai-August 32,75. — Wetter: Bewölkt.

Havre, 20. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Januar 88,50, per März 85,50, per Mai 83,75. Ruhig.

London, 20. Januar. Kupfer. Chili bars good ordinary brands 41 Lstr. 2 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 59 Lstr. 7 Sh. 6 d. Zink 14 Lstr. 5 Sh. — d. Blei 11 Lstr. 2 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrants 46 Sh. — d.

London, 20. Januar. Chili-Kupfer $41\frac{15}{16}$, per drei Monat $41\frac{5}{16}$.

London, 20. Januar. An der Küste — Weizenladung angeboten. — Wetter: Schön.

London, 20. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreide fest; englischer Weizen ½ Sh., fremder ¼ bis ½ Sh. höher als vorige Woche, Mehl ¼ bis ½ höher. Uebrige Getreidearten stetig. Schwimmendes Getreide fest aber ruhig.

London, 20. Januar. 96proz. Javazucker 13,00, fest. Rüben-Rohzucker loko 11,25, thätig. Centrifugal-Kuba —,—.

Glasgow, 20. Januar, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 46 Sh. $1\frac{1}{2}$ d.

Newyork, 20. Januar. (Anfangs-Kours.) Weizen per Mai 68,00. Mais per Mai 35,25.

Newyork, 20. Januar. Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 9 330 139 Dollar gegen 10 898 129 Dollar in der Vorwoche, davon für Stoffe 3 031 983 Dollar gegen 2 793 827 Dollar in der Vorwoche.

Newyork, 20. Januar, Abends 6 Uhr.

	20.	18.
Baumwolle in Newyork	$8\frac{3}{16}$	$8\frac{3}{16}$
do. in Neworleans	$7\frac{13}{16}$	$7\frac{13}{16}$
Petroleum Rohes (in Cases)	8,75	8,75
Standard white in Newyork	7,65	8,00
do. in Philadelphia	7,60	7,95
Pipe line cert. Februar	164nom	166nom
Schmalz Western steam	6,00	5,90
do. Lieferung per Januar	—,—	—,—
Zucker Fair refining Moscovados	3,37	3,37
Weizen fest.		
Rother Winter- loko	74,87	74,00
per Januar	69,87	69,00
per März	71,12	70,00
per Mai	68,87	68,00
per Juli	68,50	67,50
Kaffee Rio Nr. 7 loko	14,00	—,—
per Februar	13,30	13,15
per April	13,05	12,95
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,60	2,50
Mais beh., per Januar	35,87	35,75
per Februar	35,87	35,50
per Mai	35,75	35,37
Kupfer	9,85	9,85
Getreidefracht nach Liverpool	3,00	3,00

Chicago, 20. Januar.

	20.	18.
Weizen fest, per Januar	59,12	58,37
per Februar	59,62	58,37
Mais beh., per Januar	27,12	26,62
Pork per Januar	10,50	10,00
Speck short clear	5,25	5,15

Woll-Berichte.

London, 20. Januar. Wollauktion. Preise fest, Tendenz zu Gunsten der Verkäufer.

Bradford, 20. Januar. Wolle fester, Preise unverändert, Mohairwolle ruhig, stetig, Garne unverändert, in Stoffen mehr Geschäft.

Wasserstand.

* **Stettin,** 21. Januar. Im Revier 5,47 Meter = 17′ 5″.

Telegraphische Eisberichte.

Memel, 21. Januar. Seetief etwas Treibeis.

Pillau, 21. Januar. Haffschifffahrt geschlossen.

Neufahrwasser, 21. Januar. Wenig Treibeis, für Segelschiffe passirbar.

Swinemünde, 21. Januar. See und Fahrwasser eisfrei. Haff mit Eisbrecherhülfe passirbar.

Thiessow, 21. Januar. Greifswalder Bodden Treibeis und zusammengeschobenes Eis.

Wittower Posthaus, 21. Januar. Fahrwasser Treibeis.

Barhöft, 21. Januar. Eis nimmt ab.

Warnemünde, 21. Januar. See und Hafen eisfrei.

Warnow, 21. Januar. Fahrrinne für Dampfer passirbar.

Wismar, 21. Januar. Fahrrinne offen.

Travemünde, 21. Januar. Eisfrei.

Schleimünde, 21. Januar. Eis unbedeutend. Schifffahrt unbehindert.

Aaroesund, 21. Januar. Hadersleben Föhrde stellenweise Treibeis, für Dampfer nicht hinderlich.

Wilhelmshafen, 21. Januar. (Privat-Telegramm.) Nordseeküste: Die Schifffahrt ist unbehindert.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 21. Januar. Der Kaiser hat bei dem Bankett im Schloß am Sonnabend verschiedene Abgeordnete angesprochen und besonders zu dem Abg. Spahn sich über das bürgerliche Gesetzbuch geäußert. Herr Spahn legte dem Kaiser die Grundsätze dar, von welchen der Reichstag bei Berathung des Gesetzbuches sich leiten lassen würde. Der Reichstag werde den Entwurf eingehend prüfen. Der Kaiser hat sich dieser Auffassung angeschlossen.

In einer von den Christlich-Sozialen veranstalteten Versammlung erklärte der Redakteur des „Volk", Gerlach, daß durch die jüngste Erklärung des Elfer-Ausschusses der konservativen Partei in Sachen Stöcker's der Bruch zwischen den Konservativen und Christlich-Sozialen unvermeidlich geworden sei. Es liege für das „Volk" und die Christlich-Sozialen kein Grund vor, sich von der Naumann'schen Richtung abzuwenden.

Der König von Sachsen wird am Sonntag zum Geburtstage des Kaisers hier eintreffen.

Die Nachricht, daß noch in dieser Session dem Reichstage eine Marinevorlage zugehen werde, wird als kaum begründet hingestellt.

Paris, 21. Januar. Der neue Senatspräsident Loubet hat gestern bei Besitzergreifung der Präsidentschaft eine lange Ansprache gehalten, in der er den Senat als den besten Beschützer der Freiheit gegen die Utopisten und Diktatoren hinstellte. Ferner wandte er sich gegen die progressive Einkommensteuer und endigte mit einer Lobrede auf Floquet. Man hat sehr bemerkt, daß Loubet gegen die Einkommensteuer, welche das Kabinet Bourgeois vorschlägt, heftig aufgetreten ist.

Rom, 21. Januar. Die Vorposten des Generals Baratieri stehen heute vor Sinkat. Man versichert, daß Menelik alle den Ras Makonnen kompromittende Briefe, die er mit Baratieri gewechselt, in die Hand bekommen hat, und daraufhin denselben, im Verein mit anderen Führern, des Verraths anklagt. Die italienische Regierung hat General Baratieri ermächtigt, die von Menelik gemachten Vorschläge zu prüfen und mit ihm unter Wahrung der militärischen und politischen Autorität Italiens zu verhandeln. Die Vorschläge werden sich vorerst auf die Räumung Makalle's erstrecken.

Madrid, 21. Januar. Offiziellen Mittheilungen zufolge bleibt die Gesinnung der politischen Welt in Amerika den Spaniern auf Kuba gewogen.